

331) WO 97/028445 A1 ✓

342) US 2003/0212579 A1 ✓

I.

Der Patentanspruch 1 ist auf ein Verfahren zur Überprüfung der Durchführbarkeit eines medizinischen Vorhabens mit Aufnahmekriterien für Patienten gerichtet.

Die Maßnahmen des Patentanspruchs 1 nutzen hierzu eine Datenverarbeitungsvorrichtung (vgl. „Datenbank“, „ausgewertet“), wie es sich auch durch Auslegung des Ausführungsbeispiels anhand der Figur ergibt.

Der Patentanspruch 1 soll also durch die Anwendung üblicher Datenverarbeitungseinrichtungen (vgl. Druckschrift 1 und 2) die Aufgabe lösen, die Überprüfung der Durchführbarkeit eines medizinischen Vorhabens mit Aufnahmekriterien für Patienten zu verbessern (vgl. Beschreibungsseite 3, Absatz 3).

Wesentlich ist dabei die Art und Weise, wie Daten ausgewertet werden. Über den üblichen Betrieb der Datenverarbeitungsvorrichtung hinausgehende technische Besonderheiten sind hingegen nicht erkennbar.

Damit liegt hier ein Programm für Datenverarbeitungsanlagen vor.

Ob nun ein Programm für Datenverarbeitungsanlagen als solches vorliegt, welches dem Patentschutz nicht zugänglich ist (§1 Absatz 3 Nummer 3 iVm §1 Absatz 4 PatG), ergibt sich nach der Entscheidung „Elektronischer Zahlungsverkehr“ des BGH (vgl. Beschluss vom 24.05.2004 – X ZB 20/03; BIPMZ 2004, 428; u.a. Abschnitt II.3.a)) insbesondere daraus, inwieweit Anweisungen vorhanden sind, welche die Lösung eines technischen Problems mit technischen Mitteln zum Gegenstand haben, die über den bestimmungsgemäßen Einsatz einer DV-Anlage hinausgehen. Hier also über den Einsatz einer DV-Anlage zum bloßen Ersatz der Tätigkeit des Auswertens von Daten hinausgehende Anweisungen.

Im vorliegenden Fall ist bereits das Erfordernis eines zu lösenden konkreten technischen Problems nicht gegeben, da lediglich Daten in bestimmter Weise ausgewertet werden sollen, ohne dabei in irgendeiner Weise die verwendete Datenverarbeitungsvorrichtung in ihrem Aufbau oder dem Zusammenwirken ihrer Bestandteile ändern zu wollen.

Ein der Erfindung zugrunde liegendes Problem auf einem herkömmlichen Gebiet der Technik – etwa eine Verbesserung einer DV-Anlage – lässt sich dem nicht entnehmen.

Über den üblichen Einsatz einer DV-Anlage hinausgehende nötige technische Mittel zur Problemlösung lässt der Gegenstand des Patentanspruchs 1 aber auch nicht erkennen.

Denn zum üblichen Einsatz einer DV-Anlage gehört das Auswerten von Daten.

Somit liegt hier ein Programm für Datenverarbeitungsanlagen als solches vor.

Der Patentanspruch 1 ist damit nicht gewährbar.

Mit dem Patentanspruch 1 fallen die untergeordneten Patentansprüche 2 – 5, die auch keine technischen Besonderheiten erkennen lassen.

II.

Bei dieser Sach- und Rechtslage kann der Anmeldung kein Erfolg in Aussicht gestellt werden.

Auch die übrigen Unterlagen lassen keine erfinderischen, auf technischen Überlegungen beruhende Besonderheiten erkennen, die zu einem gewährbaren Patentbegehren gemacht werden könnten.

Es muss daher mit der Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.

Falls eine Äußerung in der Sache innerhalb der gesetzten Frist nicht beabsichtigt ist, wird gebeten dies schriftlich mitzuteilen.

Prüfungsstelle für Klasse G 06 F



Dipl.-Ing. N. Müller

Hausruf 3149